

Grenzen des kartellrechtlichen Ausnahmebereichs Arbeitsmarkt

Zur Zulässigkeit tarifvertraglicher Regelung
von Ladenschlußzeiten

von

Dr. Ulrich Immenga
o. Professor an der Universität Göttingen

348 353

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt



C. H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 1989

Inhaltsverzeichnis

Ausgangssachverhalt und Fragestellung	1
1. Kapitel. Zur Anwendbarkeit des Gesetzes gegen Wettbewerbs- beschränkungen	
I. Genereller Vorrang von Tarifverträgen?	3
1. Bedeutung der Rechtsnatur des Tarifvertrages	3
2. Grundrechtliche Absicherung von Tarifverträgen	4
3. Unabhängigkeit des Kartellverbotes von privatrechtlichen Rechtsfor- men	5
4. Tarifvertrag und zwingendes Recht	5
II. Der Arbeitsmarkt im GWB	6
1. Keine ausdrückliche Regelung	6
2. Arbeitsmarkt und die Tatbestandsmäßigkeit des Kartellverbotes	7
3. Der Arbeitsmarkt als ungeschriebener Ausnahmebereich	9
III. Die arbeitsrechtliche Diskussion zur kollektivvertraglichen Regelung von Arbeitszeiten mit Einfluß auf Öffnungszeiten	11
1. Arbeitsrechtliche Zulässigkeit als kartellrechtliche Freistellungsvoraus- setzung	11
2. Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes	12
3. Verfassungsrechtliche Bedenken	13
4. Die Grundsatzdiskussion im Schrifttum	14
5. Kritik an der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes	15
6. Zusammenfassende Bedenken gegen eine arbeitsrechtliche Zulässigkeit	17
IV. Grenzen des kartellrechtlichen Ausnahmebereichs für den Arbeitsmarkt	18
1. Der Freistellungszweck als Grenze des kartellrechtlichen Ausnahmebe- reiches	18
2. Bisherige Ansätze zur Abgrenzung von Arbeitsmarkt und GWB	21
V. Freistellungszweck des Arbeitsmarktes im GWB und kollektivvertragliche Auswirkungen auf Öffnungszeiten	23
1. Präzisierung der Fragestellung	23
2. Arbeitsmarktpolitische Erwägungen	24
3. Ladenöffnungszeit als Wettbewerbsparameter	25
4. Die Vereinbarkeit mit dem Freistellungszweck	27
5. Marktregelnde Instrumentierung des Tarifvertrages	28
6. Ergebnis	29
VI. Verfassungsrechtliche Wertungen	29
1. Immanente Schranken der Tarifautonomie	29
2. Grundrechtskollisionen	31
3. Das GWB als „allgemeines Gesetz“	32
2. Kapitel. Die Tatbestandsmäßigkeit des Kartellverbotes	
VII. Der Zustimmungsbeschluß des Arbeitgeberverbandes	35
1. Unternehmensgriff	35

2. Gemeinsamer Zweck	38
3. Wettbewerbsbeschränkung	39
4. Eignung zur Marktbeeinflussung	39
5. Rechtsfolge	40
VIII. Der Tarifvertrag als Kartellvertrag im Sinne des § 1 GWB?	41
IX. Die kartellrechtliche Qualifizierung von Haustarifverträgen	43
X. Verstoß gegen § 25 II GWB	45
1. Unternehmenseigenschaft der Gewerkschaften	46
2. Nachteilsandrohung	51
3. Veranlassung zu wettbewerbsbeschränkendem Verhalten	53
4. Rechtsfolgen	53
XI. Verstoß gegen das Empfehlungsverbot des § 38 I Nr. 11 GWB	55
Zusammenfassung	57
Literaturverzeichnis	61
Stichwortverzeichnis	63